

In der Senatssitzung am 21. März 2023 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

15.03.2023

S 10

Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.03.2023

„Unterstützungsangebote für obdachlose und suchtkranke Frauen“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Welche Unterstützungsangebote für obdachlose suchtkranke Frauen gibt es aktuell, welche davon wurden seit 2020 neu geschaffen oder erweitert?
2. Welche Streetwork-Angebote für wohnungslose/suchtkranke Frauen gibt es im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofes?
3. Welche weiteren Bedarfe an Notschlafstellen und Aufenthaltsraum in den Abend- und Nachtstunden für obdachlose sowie obdachlose suchtkranke Frauen gibt es und wie plant der Senat diese Bedarfe abzudecken?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

In der Stadtgemeinde Bremen gibt es mit dem „frauenzimmer“ einen Tagesaufenthalt ausschließlich für Frauen: Angeboten werden ein Mittagstisch, Duschmöglichkeiten, das Einrichten einer postalischen Adresse, eine medizinische Notversorgung, Beratung, eine Kleiderkammer, WLAN und auch kulturelle Angebote.

Mit dem Café Papagei gibt es einen weiteren Tagesaufenthalt mit all den oben genannten Angeboten, der geschlechtsübergreifend genutzt werden kann.

Drogenabhängige obdachlose Frauen finden im genderübergreifend organisierten Kontakt- und Beratungszentrum eine niedrigschwellige Grundversorgung, medizinische Versorgung und einen Tagesaufenthalt. Außerdem können sie dort sowie in den Drogenhilfezentren Mitte und Nord weitere Beratungs- und Weitervermittlungsangebote nutzen. Seit 2020 steht ihnen der Drogenkonsumraum ARA in Containern mit Beratung zur Nutzung zur Verfügung.

Das ergänzende Methadonprogramm EMP-Frauen ist ein frauenspezifisches Angebot für ca. 50 drogengebrauchende Frauen, die substituiert, medizinisch beraten und psychosozial betreut werden möchten.

Das Projekt Eltern plus ist ein Unterstützungs-Angebot für drogengebrauchende und substituierte schwangere Frauen sowie Eltern mit Kindern. Das Projekt arbeitet auch mit aufsuchender und begleitender Straßensozialarbeit.

Die Streetwork-Angebote sind in den vergangenen Jahren vor allem rund um den Hauptbahnhof ausgeweitet worden.

Zu Frage 2:

Alle Streetwork-Angebote für wohnungslose Menschen sind grundsätzlich für Frauen und Männer offen.

Für psychisch kranke, drogenabhängige, wohnungslose Frauen sowie Frauen in der Prostitution findet im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs Streetwork statt, um von Gewalt bedrohten Frauen Kontakt und Hilfen anbieten zu können.

Durch muttersprachliches Streetwork wird im Bahnhofsumfeld der Kontakt auch zu geflüchteten oder migrierten Frauen mit Suchtmittelkonsum erleichtert. Damit werden Hilfeleistungen effektiver vermittelt. Die Streetwork-Projekte arbeiten vernetzt, sodass passgenaue Hilfen angeboten werden können.

Zu Frage 3:

Für obdachlose und obdachlose suchtkranke Frauen gibt es in der Stadtgemeinde Bremen die Notübernachtung für Frauen sowie zwei Notübernachtungen für Frauen und Männer, die illegale Drogen konsumieren.

Für psychisch kranke, drogenabhängige, wohnungslose Frauen sowie Frauen in der Prostitution, die Gewalt erlebt haben, ist der Zugang zu aktuellen Angeboten des Hilfesystems schwierig, sodass sie Gewalt-Fachberatungsstellen nicht aufsuchen und damit unterversorgt sind. Aus diesem Grund soll perspektivisch eine Gewaltschutzeinrichtung für Frauen in prekären Lebenslagen eingerichtet werden, die auf die spezifischen Bedarfe der Frauen eingestellt ist. Diese fokussiert niedrighschwellige schnelle und unbürokratische Unterstützung betroffener Frauen im szenenahen Innenstadtbereich möglichst rund um die Uhr. Um diese Gewaltschutzeinrichtung zu konzipieren, wurden im Rahmen des Landesaktionsplans Istanbul-Konvention finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, die vorhandenen Angebote sowie die Schnittstellen zu erheben und das Konzept für die geplante Gewaltschutzeinrichtung zu finalisieren. Gleichzeitig sollen erste Maßnahmen erarbeitet werden, die in den bestehenden Strukturen schnell umgesetzt werden können.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Im Rahmen der Beantwortung diese Fragen entstehen keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Auf die spezifischen Bedarfe von Frauen wird in der Beantwortung eingegangen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Der Antwortentwurf ist mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 15.03.2023 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.